

Vorstand
Geschäftsstelle
Ohmstr. 4
73730 Esslingen
E-Mail: info@sinn-es.de

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
lb

Esslingen, den
23. Juni 2026

Stellungnahme der SiNN-Mitglieder

Im Zuge der Diskussion im Gemeinderat hat SiNN ihre Mitglieder zur Stellungnahme einer möglichen Gewerbesteuererhöhung gefragt. Anbei die gesammelten Rückmeldungen mehrerer Mitglieder zusammengefasst.

- **Zusätzliche Unternehmensbelastung** — Die Betriebe sind bereits durch hohe Lohnnebenkosten, Energiepreise, Materialkosten, BG-Gebühren und Bürokratie stark belastet; eine weitere Abgabe verschärft die Lage.
- **Gefährdung von Investitionen** — Notwendige Investitionen in Modernisierung, Digitalisierung, Nachhaltigkeit oder Betriebserhalt würden verschoben oder gestrichen.
- **Wegfall von Lohnerhöhungen** — Geplante Lohnanpassungen müssten ausgesetzt werden, obwohl die Lebenshaltungskosten steigen.
- **Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit** — Esslingen ist bereits ein kostenintensiver Standort; höhere Hebesätze verschlechtern die Position gegenüber umliegenden Kommunen wie Altbach oder Göppingen.
- **Standortnachteil für Neuansiedlungen** — Unternehmen werden eher andere Gemeinden wählen, was langfristig zu weniger Gewerbeansiedlungen und geringerer Wertschöpfung führt.
- **Abwanderungsrisiko** — Bestehende Betriebe könnten ins günstigere Umland wechseln; besonders gefährdet sind Grenzbetriebe.

- **Sinkende Liquidität** — Die Steuererhöhung würde die ohnehin angespannte Liquidität vieler Firmen weiter verschlechtern.
- **Gefährdung von Arbeitsplätzen** — Weniger Investitionen und geringere finanzielle Spielräume gefährden Beschäftigung, Ausbildung und Fachkräftesicherung.
- **Signalwirkung gegen Investitionen** — Eine Steuererhöhung sendet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein negatives Signal an ansässige und potenzielle Unternehmen.
- **Fehlende Planungssicherheit** — Unternehmen treffen langfristige Standortentscheidungen; häufige Steuerdebatten schaffen Unsicherheit.
- **Unfaire Belastung durch Überschreiten der 400%-Grenze** — Für Personengesellschaften wäre eine Erhöhung über 400 % nicht mehr anrechenbar und damit besonders teuer; Kapitalgesellschaften sind ohnehin voll betroffen.
- **Gewerbsteuer nicht abzugsfähig** — Die Steuer wirkt wie eine private Ausgabe und mindert nicht den steuerpflichtigen Gewinn.
- **Fehlende Rücklagenpolitik der Stadt** — Unternehmen kritisieren, dass frühere hohe Einnahmen nicht genutzt wurden, um Rücklagen für schlechtere Zeiten zu bilden.
- **Gefahr einer Abwärtsspirale** — Höhere Steuern → weniger Betriebe → weniger Einnahmen → weitere Erhöhungen → noch weniger Betriebe.
- **Steigende kommunale Abgaben insgesamt** — Nach Grundsteuererhöhungen und weiteren Belastungen ist die zusätzliche Gewerbesteuer ein weiterer Baustein in einer wachsenden Abgabenlast.
- **Logistik und Industrie besonders betroffen** — Branchen mit niedrigen Margen können Kosten kaum abfedern; Preissteigerungen würden an Endverbraucher weitergereicht.
- **Verschlechterung der Innenstadt- und Gewerbestruktur** — Mehr Geschäftsaufgaben, weniger Vielfalt, mehr Leerstände, geringere Attraktivität für Handel und Gewerbe.
- **Forderung nach Ausgabenkontrolle statt Steuererhöhung** — Viele Stimmen verlangen, zuerst Einsparpotenziale der Stadt zu prüfen, bevor Unternehmen belastet werden.
- **Wirtschaftliche Lage bereits kritisch** — Insolvenzen steigen, Konjunktur schwach, Konsumverhalten rückläufig; eine Steuererhöhung verschärft die Situation.